

## **Tagesordnungspunkt 1**

### **Beratung zum Haushalt 2023 der Stadt Bad Sobernheim - Empfehlungsbeschluss**

Die Haushaltssatzung, der Haushaltsplan und die dazu vorgeschriebenen Anlagen sind vom Stadtrat als Grundlage der Haushaltswirtschaft mit Wirkung vom 01.01. des jeweiligen Jahres zu erlassen.

Vor der Beschlussfassung im Stadtrat wird der Haushaltsplanentwurf im Hauptausschuss beraten und dem Stadtrat (ggfls. mit Änderungen) zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Vorsitzende stellt den Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 in groben Zügen vor. Insbesondere geht er auf die Entwicklung der Umlagebelastungen, die Auswirkungen durch die angepassten Nivellierungssätze und Hebesätze, die Unterhaltung der Straßen und Wege, die Konzessionsabgaben sowie die Entwicklung der Finanzmittel ein.

Zu den veranschlagten Investitionen weist er darauf hin, dass es sich hauptsächlich um Maßnahmen handelt, die bereits in der Vergangenheit veranlasst wurden und nun umgesetzt werden sollen. Zu den Investitionen im Bereich Kindergärten könnte es sein, dass sich der Kreis aufgrund einer Gesetzesänderung mit einem höheren Anteil an den Investitionen beteiligt. Dies ist allerdings noch nicht eindeutig geklärt.

Das Ausschussmitglied Bernd Krziscik stellt in den Raum, dass man sich allgemein über die Finanzierung der Kommune Gedanken machen sollte. In diesem Zusammenhang regt er an zu prüfen, inwieweit man die Steuereinnahmen z.B. durch Veränderung der Hebesätze beeinflussen kann.

Zum konkret vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2023 hinterfragt er die Ansätze für Versicherungsbeiträge, den Fehlbetrag für die Mattheiser Sommerakademie, die Kosten der Bücherei, der Fortbildungskosten im Freilichtmuseum Bad Sobernheim, für Veranstaltungen, den Friedhof sowie für die Rechts- und Beratungskosten.

Er stellt außerdem die Frage, ob es nicht möglich ist einen höheren Beitrag der Vereine an den laufenden Nebenkosten für beanspruchte Einrichtungen zu fordern, da zur Zeit offensichtlich diese Kosten überwiegend von der Stadt getragen werden.

In der anschließenden Diskussion wird darauf hingewiesen, dass die Durchführung von Veranstaltungen insgesamt teurer geworden ist und daher die Ansätze höher veranschlagt wurden.

Zu der Überlegung im Bereich „Friedhof“ die Personalkosten des Bauhofes zu senken, weist der Vorsitzende darauf hin, dass dies wahrscheinlich nur zu einer Verschiebung der Personalkosten führen würde, da das Personal dann in anderen Bereichen eingesetzt würde. Herr Volker Kohrs informiert darüber, dass es schon Überlegungen gibt die Fläche des Friedhofes zu reduzieren und die Gebührensatzung erst angepasst wurde. Eine Verkleinerung ist nicht so einfach, da die Ruhezeiten zu berücksichtigen sind und oftmals auch noch Optionen zur Verlängerung der Ruhezeiten bestehen.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Beteiligung der Vereine an den Kosten für die Nutzung von Einrichtungen ein sehr vielseitiges Thema ist. Es gibt vielerlei Aspekte zu

berücksichtigen und man muss unterscheiden um welchen Verein es geht. Im Fokus der Handhabung steht immer, das Vereinsleben zu fördern bzw. zu ermöglichen.

Zu den höher Veranschlagten Fortbildungskosten im Freilichtmuseum erläutert Frau Anke Wiechert, dass insbesondere eine Service Schulung berücksichtigt wurde. Diese Schulung sei allerdings für das gesamte Personal der Verbandsgemeinde zugänglich.

Frau Dr. Christiane Baumgartl-Simons teilt dem Ausschuss mit, dass sie es begrüßen würde, wenn der Haushaltsplan sowie die mit der Aufstellung verbundenen besonderen Schwierigkeiten besser in der Öffentlichkeit kommuniziert wird. Ebenso fände sie eine Arbeitsgruppe sinnvoll, die sich mit dem Thema der Optimierungen der allgemeinen Haushaltslage beschäftigt.

Nach der Diskussion stellt Herr Greiner folgende Haushaltsanpassungen im Ausschuss zur Abstimmung:

1. Den Ansatz der Fortbildungskosten im Bereich Freilichtmuseum um 2.000 € zu reduzieren.  
Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen
2. Den Ansatz für Rechtsberatung und Sachverständige um 5.000 zu erhöhen.  
Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen (einstimmig)
3. Für die Unterhaltung der Stadtmauer einen zusätzlichen Ansatz von 60.000 € aufzunehmen.  
Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen (einstimmig)
4. Im Hinblick auf die Offenlegungszeiträume für den Haushaltsplan beantragt der Vorsitzende darüber abzustimmen, dass die nächste Sitzung des Stadtrates vom 22.02.2023 auf den 06.03.2023 zu verschiebe.  
Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen (einstimmig)

Sodann ergeht folgender Beschluss den Haushaltsplan mit den beschlossenen Veränderungen dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt nach eingehender Beratung dem Stadtrat den vorliegenden Haushaltsplan zur Beschlussfassung.

**Abstimmungsergebnis:** - 8 Ja-Stimmen (einstimmig)